

Gunther Krichbaum

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/227-70371 Telefax: 030/227-76371
E-Mail: gunther.krichbaum@bundestag.de
www.gunther-krichbaum.de

Berlin aktuell

Weiterer Aufschwung am Arbeitsmarkt

Trotz aller negativen Nachrichten von den internationalen Finanzmärkten: Die deutsche Realwirtschaft wächst weiter sehr stabil, die deutschen Unternehmen blicken optimistisch in die Zukunft und vor Allem: die Arbeitslosigkeit sinkt weiter!

Jeden Tag entstehen 1.400 neue Arbeitsplätze in Deutschland. Der Aufwärtstrend am Arbeitsmarkt hält damit unvermindert an: Gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl der Arbeitslosen im März um 617.000 auf nunmehr 3,507 Millionen gesunken. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten ist gegenüber dem Vorjahr um 610.000 auf 27,08 Millionen angestiegen, dabei entfällt mehr als die Hälfte des Beschäftigungszuwachses auf sozialversicherungspflichtige Vollzeitstellen. Das Angebot an offenen Stellen nahm um 180.000 - das sind 20 Prozent - gegenüber dem Vorjahresmonat zu und ist damit auf 1,071 Millionen Stellen gestiegen.

Diese Zahlen zeigen eindrücklich: Massenarbeitslosigkeit ist kein unabwendbares Schicksal. Der Rückgang der Arbeitslosenzahl von über 5 Millionen Anfang 2005 auf mittlerweile 3,5 Millionen verdeutlicht den Erfolg des wirtschaftspolitischen Kurses der unionsgeführten Bundesregierung. Der Aufschwung kann sich auf eine robuste Grundlage stützen. Trotz der strukturellen Umbrüche und der weiter voranschreitenden Globalisierung ist ein hoher Beschäftigungsstand möglich. In vielen Regionen Baden-Württembergs ist Vollbeschäftigung zum Greifen nah. Wir wollen das überall in Deutschland schaffen und werden deshalb Kurs halten. Der Aufschwung kommt immer stärker bei den Menschen an - zunächst in Form von zusätzlichen Arbeitsplätzen. Dennoch dürfen die aus der Finanzkrise, der Energie- und Rohstoffpreise sowie der Wechselkurse resultierenden Gefahren nicht unterschätzt werden. Solange nämlich die Finanzkrise nicht überstanden ist, können negative Rückwirkungen auch auf unsere Wirtschaft nicht ausgeschlossen werden. Es ist deshalb umso wichtiger, dass wir nun unseren verlässlichen Kurs in der Wirtschafts- und Haushaltspolitik halten.

Nach der Reform der Unternehmensbesteuerung und der Rückführung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags muss nun die Agenda des Koalitionsvertrags weiter abgearbeitet werden. Aus Sicht der CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben dabei eine mittelstandsfreundliche Reform der Erbschaftsteuer, der weitere Abbau bürokratischer Belastungen und die Durchforstung und Konzentration des über 80

Maßnahmen umfassenden arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums Priorität.

Wir werden unseren Konsolidierungskurs weiter fortsetzen. Daher werden wir eines unserer Kernanliegen und eine Verpflichtung gegenüber den kommenden Generationen nicht aus den Augen verlieren: die Konsolidierung des Bundeshaushaltes. Wir dürfen mit unseren Anstrengungen nicht nachlassen. Für milliardenschwere Ausgabenerhöhungen ist kein Geld vorhanden. Nur durch große Haushaltsdisziplin können wir unser Ziel erreichen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist auch in dieser Frage die verlässliche Säule in der Großen Koalition und unterstützt die Bundesregierung, auch gegen übermäßige Forderungen von Teilen der SPD-Linken.

Breitbandversorgung im ländlichen Raum

Schnelle Zugangsmöglichkeiten zum Internet sind für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung unseres Landes von grundlegender Bedeutung. Eine leistungsfähige Breitband-Infrastruktur ist eine wesentliche Voraussetzung für Wachstum, Innovation und Arbeitsplätze, aber auch für die Wohnqualität in unseren Gemeinden. Derzeit verfügen in Deutschland knapp 45 Prozent aller Haushalte über einen Breitbandzugang. Diese auch im internationalen Vergleich recht gute Zahl darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass es erhebliche Versorgungsunterschiede in den Bundesländern zwischen Ballungszentren und ländlichen Räumen gibt. Die Breitbandversorgung in einigen Regionen Baden-Württembergs ist oft noch unterentwickelt. In dieser Woche wurde die Bundesregierung aufgefordert, schnelle Fortschritte bei der Flächenabdeckung der Breitbandversorgung zu erzielen und hierfür die bisherigen Maßnahmen zu evaluieren. Wichtig ist es, die unterschiedlichen Aktivitäten stärker zu bündeln und ein gemeinsames Konzept für alle beteiligten Akteure - Bund, Länder, Kommunen, Wirtschaft und Nutzer - zu erarbeiten.

Bessere Versorgung Contergangeschädigter

Menschen mit Contergangeschädigungen können ab Juli 2008 mit einer Verdopplung ihrer Conterganrenten rechnen. Die heute ca. 50-jährigen Contergan-Opfer leiden unter den Spätfolgen ihrer Schädigungen. Viele Menschen mit Contergan-Schädigungen können aufgrund ihrer Behinderungen und deren Folgen keiner Erwerbsarbeit nachgehen. Durch ein frühes Ausscheiden aus dem Berufsleben und den damit einhergehenden Renteneinbußen leben viele am finanziellen Limit. Die Verdopplung der monatlichen Renten ist daher nötig. Darüber hinaus fordern die Fraktionen der CDU/CSU und SPD dass weitere entlastende Maßnahmen im Bereich Gesundheit und Pflege, geprüft werden. Weiterhin setzt sich die Union dafür, dass Contergan-Geschädigte künftig Behindertenparkplätze nutzen können.

„Wohn-Riester“ neuer Baustein zur Altersvorsorge

Die Integration der selbstgenutzten Wohnimmobilien in die Riester-Förderung ist ein wichtiger Baustein für ein geschlossenes Konzept der privaten Altersvorsorge. Damit wird der Wegfall der Eigenheimzulage zumindest teilweise kompensiert. Die von der Union erreichten Verbesserungen gegenüber dem ursprünglichen Gesetzesentwurf des Bundesfinanzministers werden die Flexibilität und damit die Attraktivität dieser Form der Altersvorsorge weiter stärken. Die Änderungen bei der Wohnungsbauprämie sehen wir kritisch. Wir streben im Wohnungsbauprämiegesetz an, die vorgesehenen Einschränkungen bei der Verwendung nicht auf junge Menschen auszudehnen, die bei Vertragsabschluss jünger als 25 Jahre sind. Die Wichtigkeit, junge Menschen zum Sparen anzuregen, ist angesichts der demographischen Entwicklung und der Erfahrungen mit der US-Immobilienkrise von unermesslicher Bedeutung.

Anhörung zur Online-Sucht

Auf Initiative der CDU/CSU-Fraktion fand im Ausschuss für Kultur und Medien eine Anhörung zur Onlinesucht statt. Online-sucht ist eine Sucht, die vielfach nicht erkannt wird, die viele auch nicht erkennen wollen und bei der es viel zu wenige Anlaufstellen gibt. Niemand kann sich in unserer hochtechnologisierten Zeit erlauben, den Umgang mit Computern zu vermeiden. Daher

benötigen gerade die Eltern entsprechende Ansprechpartner, weil gerade Jugendliche besonders häufig gefährdet sind. Nach Aussage von Experten gibt es Internetbenutzer, die bis zu 10-12 Stunden täglich online sind. Bis zu neun Prozent der Internetnutzer, so Sachverständige bei den bisherigen Untersuchungen, werden als abhängig von Medien bezeichnet. In der Erforschung dieses neuen Krankheitsbildes besteht ein großer Nachholbedarf. Im Interesse der Betroffenen sind hier große Anstrengungen notwendig. Auch über technische Hilfsmittel („Wecker“, Warnhinweise, „Time-Outs“) müssen wir nachdenken.

Ausweitung des Kinderzuschlags

Ziel der Union war stets eine möglichst rasche Ausweitung des Kinderzuschlags. Mit der Ausweitung profitieren künftig 150.000 Kinder mehr als bisher - insgesamt sind es nun rund 250.000 Kinder. Unsere Familien und Kinder brauchen diese Unterstützung. Der Kinderzuschlag wird an Berufstätige gezahlt, die zwar genug verdienen, um ihren eigenen Mindestbedarf zu decken, nicht jedoch den ihrer Kinder. Durch die Flexibilisierung des Kinderzuschlags und eine Ausweitung des Berechtigtenkreises werden materielle Kinderarmut bekämpft und Ausstiegsanreize aus der Arbeitslosigkeit erhöht. Der Kinderzuschlag fördert Beschäftigung und vermeidet die Stigmatisierung der Betroffenen als Almosenempfänger.